



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 17. September 2013

P130963

10.467 Parlamentarische Initiative. Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst in seiner Vernehmlassungsantwort zur parlamentarischen Initiative 'Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite', dass die Thematik der Überschuldung angegangen wird und Massnahmen zur Schuldenprävention ergriffen werden sollen. Die Neuerungen beschränken die Werbung für Konsumkredite, erhöhen die Messlatte für die Prüfung der Kreditfähigkeit und erweitern den Schutzbereich des Konsumkreditgesetzes. Der Gesetzesentwurf geht in die richtige Richtung, auch wenn sich der Regierungsrat insbesondere bei der Kreditfähigkeitsprüfung und den Sanktionen griffigere Bestimmungen vorstellen kann.

